

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Vollstreckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.90 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Vorkantisten entgegen.

Die Machtprobe der Berliner Zeitungskapitalisten.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Freiheit berichtet über den Streik im Zeitungsgewerbe: Der Streik der Angestellten im Zeitungsgewerbe hat eine gewaltige Verschärfung erfahren. Das machtlükkerne Unternehmertum im Zeitungsgewerbe, das bisher nicht gewohnt war, bei seinem Profitstreben irgendwelchen Widerstand aus seiner kaufmännischen Angestellten zu finden, hatte geglaubt, dieser Gruppe den Fuß auf den Nacken setzen zu können. So verlangte Zustimmung zu einem Lohnabbau, obwohl gerade gegenwärtig eine neue Teuerungswelle heranrauf und eine Erhöhung der Löhne erfordert, um die absolute Verelendung der Arbeiter und Angestellten aufzuhalten.

Die Absicht des Unternehmertums war, zuerst einmal dieser Gruppe verminderte Löhne aufzuzwingen, um damit dann bei den übrigen Gruppen des Zeitungsgewerbes zu folgen und dem Lohnabbau der gesamten Arbeitererschaft Deutschlands die Wege zu bereiten. Unbekümmert um die verhängnisvollen sozialen Folgen dieser Absichten sollte das durchgeführt werden.

Die übrige Arbeiterschaft des Zeitungsgewerbes aber hatte diese Absicht erkannt. Sie hatte von vornherein förmlichen Angeklagten vollständige Sympathie zugesagt und dieses Versprechen auch gehalten. Das Schen von Inseraten wurde verweigert und sämtliche direkte und indirekte Streikarbeit, die mit der Arbeit der kaufmännischen Angestellten zusammenhängt, verhindert. Betriebsversammlungen, die dazu Stellung nahmen, schänten dementsprechend einstimmige Beschlüsse.

Am gestrigen Abend haben die Unternehmer der Arbeiterschaft der Zeitungsbetriebe das Ultimatum gestellt, diese Solidaritätsbekräftigung mit den streikenden Angestellten zurückzunehmen und die Inserate zu sehen, um so dem Streik der Angestellten die Wirksamkeit zu nehmen. Die Arbeiter haben dieses Verlangen rundweg abgelehnt, worauf die Unternehmer die gesamten Belegschaften entlassen.

Beendigung des Streiks der Berliner Elektrizitätswerks-Beizer.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Vorwärts berichtet: Die Einigungsverhandlungen im Berliner Rathaus, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters stattfanden, haben am Mittwoch zu einer Einigung geführt. Die Forderungen der Beizer und Maschinisten wurden insoweit anerkannt, als die Arbeitszeit des in dem Kesselhaus I Mosabit beschäftigten Personal soweit es unter dem Uebel der Braunkohlenverfeuerung zu leiden hat, also namentlich der Beizer, Schichtenführer, Kesselhauswärter usw. auf sechs Stunden herabgesetzt wird, solange die durch die Brifttverfeuerung verursachten Uebelstände nicht behoben sind.

Der Magistratsvertreter sowohl, wie die technischen Direktoren der Elektrizitätswerke erkannten an, daß die Staubbelastung für die Arbeiter im Kesselhaus I außerordentlich groß und hart gesundheitsschädlich ist, weil dieses für die Braunkohlenverfeuerung nicht eignet. Der Magistrat hat aber bereits eine große Entstaubungsanlage in Auftrag gegeben, die in fünf Wochen fertig werden dürfte. Sobald diese in Wirksamkeit tritt, soll die alte Arbeitszeit von 8 Stunden wieder eingeführt werden. Der Streiktag wird nicht befristet. Hierauf wurde die Arbeit 6 Uhr nachmittags wieder aufgenommen. Die Abgabe von Strom aus dem Moabit-Werk setzte bereits am Mittwochabend wieder ein.

Die Reichsregierung gegen weitere Kohlenpreiserhöhungen.

Bonn, 7. Oktober. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Bergarbeiterfrage wurde auch auf die Erklärung der Bergbauindustrie hingewiesen, daß sie außer dem bereits vom September zu zahlenden 4.50 M. Lohnzuschlag pro Schicht eine weitere Erhöhung der Löhne ohne Kohlenpreiserhöhung nicht auf sich nehmen könne. Das Reichsministerium hat sich einmütig gegen eine Kohlenpreiserhöhung ausgesprochen. Es muß auf der ganzen Linie auf den Abbau der Preise hingewirkt werden. Die Verhandlungen wurden auf den 16. Oktober vertagt.

Die Sowjet-Regierung und England.

Paris, 6. Oktober. Wie die Daily Mail erfährt, hat die Sowjet-Regierung auf das am letzten Montag überreichte Ultimatum der englischen Regierung bereits Antwort erteilt. Krasin sei bevollmächtigt worden, über alle schwebenden Fragen, sowohl politische als auch Handelsfragen, zu unterhandeln. Das Blatt will aber wissen, daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen innerhalb des Kabinetts Meinungsverschiedenheiten veranlaßt habe. Krasin habe gestern im Common Office vorgeschlagen.

Köthen, 6. Oktober. Nach einer Londoner Meldung hat die englische Regierung binnen einer noch festzulegenden Frist angemessene Bürgschaften von der Sowjetregierung wegen der englischen Gefangenen, der bolschewistischen Propaganda und anderer Fragen verlangt. Die englische Regierung weigert sich bestimmt, dem diplomatischen Vertreter des Events Standard zufolge, die Verhandlungen über Handelsbeziehungen und andere Fragen fortzusetzen, wenn die Bürgschaften nicht zum bestimmten Termin gegeben werden. Die Sowjetregierung hat Krasin alle Befugnisse in politischen und Handelsfragen übertragen, die Kamenev befallen hat.

Ein besonderes Parlament für Arbeiterangelegenheiten in Italien?

Rom, 6. Oktober. Die Epoca hört, will Arbeitsminister Labriola einen Gesetzentwurf wegen Umgestaltung des Obersten Arbeiterrates einbringen, der dem politischen ein technisches Parlament mit über 150 Mitgliedern zur Seite stellt, die aus Verhältniswahlen der Unternehmer und Arbeiter hervorgehen sollen; dies Arbeitsparlament soll nicht nur beratend, sondern auch gesetzgebend in allen Fragen der Arbeitsordnung und Arbeitsbedingungen wirken, alle Verfügungen über Arbeiterangelegenheiten erörtern und alle Fragen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern prüfen. Es soll in eine Abteilung für Handel und Industrie und in eine für Landwirtschaft zerfallen und einen ständigen Ausschuss für Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen und zur Ausarbeitung von Ausführungsbestimmungen zu Arbeitergesetzen bilden.

Kritische Situation in der Tschecho-Slowakei

Wien, 7. Oktober. (L. B.) Die tschechische Regierung bereitet die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Tschecho-Slowakei vor, wo sowohl die landwirtschaftlichen wie auch die industriellen Arbeiter streiken. Es wird behauptet, daß ungarische Kollaboranten die Bevölkerung aufstacheln. Außerdem herrscht Erbitterung, weil ein Alkoholverbot erlassen worden ist. Zwischen den Bauern und den tschechischen Regierungsbeamten herrscht leidenschaftliche Feindschaft. Auch in Tschechien ist die innere politische Lage infolge der Uebergriffe der Kommunisten in Prag sehr ernst und der Ministerpräsident Tuzsar muß seine beabsichtigte Reise nach Berlin aufgeben oder verschieben, um in diesen gefährlichen Tagen die Lage der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten zu behaupten. Die Kommunisten sind äußerst erbittert, weil der Karlsbader Parteitag der Sozialdemokraten den Beitritt zur dritten Internationalen abgelehnt hat.

Die deutschen Sozialisten der Tschecho-Slowakei gegen Moskau.

Karlsbad, 5. Oktober. Nach dreitägiger sehr stürmischer Debatte beschloß heute abend der Parteitag der deutschen Sozialisten der Tschecho-Slowakei mit 293 Stimmen gegen 144 Stimmen dem Reichsberger Programm, das dem der Dritten Internationalen in Moskau entspricht, nicht zuzustimmen, sondern durch eine Kommission den Versuch zu machen, einen Weg zu finden, eine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei zu verhindern. Demgemäß wurde eine fünfzehnjedrige Kommission gewählt.

Auflehnung der Kroaten gegen Serbien.

Salzach, 6. Oktober. (L. B.) Nach Nachrichten aus Kroatien spiken sich die Verhältnisse zwischen den Kroaten und den Serben immer mehr zu. Aus den Albanien befindlichen kroatischen Regimentern desertieren zahlreiche Kroaten, die in Albanien bereits eine kroatische Abteilung von mehreren Tausend Mann bilden. Diese Abteilung soll durch Italien materiell unterstützt werden. Auch an der ungarischen Grenze desertieren zahlreiche Kroaten. Die Bauernschaft in Kroatien scheint gut bewaffnet und organisiert. Die Belgrader Regierung wagt indessen zurzeit nicht, die Entwarnung der Bauernschaft zu fordern.

Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages in Riga am 8. Oktober.

TU. Riga, 7. Oktober. Nach einer amtlichen Meldung haben am Dienstag abend in Riga Joffe und Dombowski ein Protokoll unterzeichnet, in dem gesagt wird, daß beide Parteien in den Hauptbedingungen für den Frieden zu einer Einigung gekommen seien. Die Unterzeichneten verpflichteten sich danach, am Freitag, dem 8. Oktober die Bedingungen für den Waffenstillstand und den Vorfrieden zwischen Rußland und der Ukraine einerseits und Polen andererseits zu unterzeichnen.

Einigung zwischen Polen und Litauen.

Wilna, 6. Oktober. Die Lit. Telegr.-Agentur berichtet über die litauisch-polnischen Verhandlungen in Suwalki, die polnische Delegation habe sich bereit erklärt, den litauischen Vorschlag über die Festlegung einer Demarkationslinie anzunehmen.

Beworrendende Unterzeichnung des russisch-finnischen Friedensvertrages.

Helsingfors, 5. Oktober. Aus Dorpat wird unter dem 4. d. M. gemeldet: In der heutigen Plenarversammlung gingen die Russen auf die finnischen Forderungen ein. Hochland wird erst neutralisiert, nachdem die internationalen Garantien dafür geschaffen sind. Die Grenze bei Petschenga wird derzeit gezogen, daß Finnland den nördlichen Teil Ostlich der Waldgabeln (P) erhält. Die Unterzeichnung des Friedens wird wahrscheinlich Anfang nächster Woche erfolgen.

Zum englischen Bergarbeiterkonflikt.

London, 6. Oktober. Lloyd George wird am Freitag in Landudno (Wales) eine Rede halten, in der er die Einzelheiten der Regierungsvorschläge für die Lösung des Bergarbeiterkonfliktes mitteilen wird.

London, 6. Oktober. In verschiedenen Bezirken des Bezirkes, wo gestern der Proteststreik ausgebrochen ist, wurde heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Sumpf des Auswärtigen Amtes.

Von Walter Dehme, zur Zeit Wilna.

Als der jetzige Außenminister Simons sein Amt antrat, fuhr er, wie alle eingeweihten Politiker wissen, mit der Ueberzeugung nach Spa, daß dort die Hoffnungen, die Herr Gehrenbach und Herr Gehler, teils mit Gestammel, teils mit drohenden Reden glaubten verwirklichen zu können, eitel waren, daß also die wahre Aussicht für die deutsche Wiederaufbaupolitik im Osten, nicht im Westen lag. Er kam heim von Spa und von der Rednertribüne des Reichstags kamen Worte, die alles aufhellen ließen: Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen! Ein Interview des Ministers jagte das andre überall: schnellste Wiederherstellung geordneter Beziehungen zu Rußland. Je mehr die russischen Truppen vorwärtsdrangen, je näher sie Warschau rückten, desto eifriger schienen die Bestrebungen Herrn Simons zu werden. Alle Welt glaubte, daß er in kürzester Frist die so lange verzögerte große politische Tat der politischen und wirtschaftlichen Neueröffnung des europäischen Ostens beginnen werde.

Er hat damals Vorbeeren auf Vorschau in unerhörter Fülle gepflegt. Alle, die ihn näher kannten, glaubten zu wissen, daß er nicht ein Mann der Worte, sondern der Tat, ein Charakter sei, der gerade, zielbewußte Politik treiben würde. Dann kam der Rückschlag in der russischen Offensive. Die Polen schlugen die 4. russische Armee. Das ganze Rad der politischen Entwicklung stand nicht nur still, sondern lief mit gleicher Geschwindigkeit in entgegengesetzter Richtung. Es zeigte sich sehr schnell, daß Herr Simons keinerlei selbständige Politik hatte wagen wollen. Er hatte immer sorgfältig nach dem Leitstern der englischen Politik Ausschau gehalten. Solange es schien, daß England unter dem Druck der russischen Siege den Weg der Verständigung mit der Sowjetregierung suchte, solange spielte auch Herr Simons den starken Mann, der das Steuer der deutschen Politik nach Osten herumwarf. Als dann aber plötzlich Lloyd George seine Politik änderte und auf die Anerkennung der Wangenregierung durch Frankreich noch die tönenden Anklagen gegen die vorübergehende Sowjetregierung einsetzten, da verlor auch der deutsche Außenminister alle Haltung und hielt erschröck auf dem einmal beschrittenen Wege inne.

Monate sind vergangen und noch immer ist die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht vollzogen. Es ist wieder still geworden von Herrn Simons großen Plänen; im Auswärtigen Amt sind alle die auf Urlaub gegangenen Polen- und Wrangelkumpane wieder auf ihre Posten zurückgekehrt und singen nun triumphierend ihr Siegeslied. Sie haben es vorausgesehen, daß alles mit einer großen Katastrophe für die Russen enden werde und nun komme in wenigen Wochen der schon tausendmal vorhergesagte Untergang der Sowjetregierung. In diesem Klügel der Geh. Legationsräte und Ministerialdirektoren ist nun auch Herr Simons untergegangen. Wenn es noch irgend jemand zweifelhaft gewesen wäre, daß eher das deutsche Volk zugrunde geht, als daß es gelänge, den Sumpf im Auswärtigen Amt auszutrocknen, der hat nun den unumstößlichsten Beweis in der Hand. Selbst der Minister, der aus seiner früheren Laufbahn alle Schliche und Winkelzüge dieses Verfügungen und beschriebene Papierblätter im Kreise verschwebenden, geistig völlig verfallenen Beamtenheeres kannte, hat seiner nicht Herr werden können und ist den Schlichen erlegen.

Und warum das alles? Weil auch er nicht den Mut fand zu einer gradlinigen, selbständigen Politik. Weil auch er letzten Endes kein Ziel vor sich hatte, sondern immer nur auf die Himmelsercheinungen über seinem Wege und rechts und links von sich adäpt. Weil er eine Annäherungspolitik treibt, sich ängstlich an den Triebwagen der englischen Politik anklammert und mit diesem hin und her schleudert. Nur daß in solchen Fällen viel seltener der Triebwagen als der Anhänger entgleist und zertrümmert.

Die sonst so zielstrebige und konsequente englische Politik hat in der Ostpolitik so erhebliche Schwankungen in der letzten Zeit durchgemacht, daß zwar ein so solid gebauter Staatswagen sie eine Weile vertragen kann, nicht aber kann der hinterhersehendernde Anhängewagen der deutschen Politik diese Stöße und Gegenstöße ertragen. Wer weiß eigentlich in Deutschland noch, welche Politik bei uns getrieben wird, wer hat es überhaupt länger als 24 Stunden zu wissen geglaubt?

Inzwischen geht im Osten alles an allgemeiner Erschöpfung dem Ende zu. Selbst der Frieden in Riga ist so gut wie sicher, weil beide Parteien so völlig erschöpft sind, daß sie an eine Fortsetzung des Kampfes nicht denken können. Wenn das das Ziel der englischen Politik war, wenn man dort frevelhaft genug war, lediglich um des Gewinnes neuer Absatzgebiete willen auf Jahrzehnte hinaus die Produktion eines halben Erdballs zu vernichten, so hat man dieses Ziel erreicht und die deutsche Politik, die, willig folgend, die Hand zu diesem Spiele geboten hat, ist mit-schuldig. Heute haben die lächerlichen Raubstaatengebilde,